„Sie schüren Ängste, die durch nichts gerechtfertigt sind.“

Matthias Wissmann, 65, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie und früherer Bundesverkehrsminister

„Es hat Fehler gegeben“

SPIEGEL-Streitgespräch Auto-Lobbyist Matthias Wissmann sieht im transatlantischen Freihandelsabkommen eine Chance für Europas Wirtschaft. Verbraucherschützer Thilo Bode warnt vor der Entmündigung von Bürgern und Staat.

SPIEGEL: Herr Wissmann, essen Sie gern Hühnchenfleisch, das zur Desinfektion durch ein Chlorbad gezogen wurde?
Wissmann: Das viel zitierte Chlorhühnchen gibt es in der Europäischen Union nicht – und wird es auch nicht geben.
SPIEGEL: Herr Bode, Sie fahren einen VW Golf. Würde es Ihnen gefallen, wenn Sie Ihr neues Auto künftig um ein paar Hundert Euro billiger kaufen könnten?
Bode: Das fände ich nicht schlecht.
SPIEGEL: Die einen warnen vor amerikanischen Chlorhühnchen, die anderen hoffen auf billigere Industriegüter wie Autos: Das geplante Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA spaltet die Republik. Wie kommt es, Herr Wissmann, dass der Widerstand in der Bevölkerung gegen das sogenannte TTIP-Abkommen so groß ist?
Wissmann: So groß ist der Widerstand nicht. Nach einer aktuellen TNS-Emnid-Umfrage sagen 55 Prozent der Deutschen, TTIP sei eine gute Sache.
Bode: Nein, inzwischen sind es nur noch 48 Prozent. Die Zustimmung sinkt, es gibt keine Mehrheit in der Bevölkerung. Vielen Menschen ist unheimlich, was da hinter verschlossenen Türen in Washington und Brüssel verhandelt wird. Sie sind skeptisch, und dafür gibt es gute Gründe.
Wissmann: Tut mir leid, ich kann keine solchen Gründe erkennen. Mich erinnert die

„Es geht bloß darum, dass Unternehmen Kosten sparen."

Thilo Bode, 67, Chef der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch und früherer Leiter von Greenpeace

FOTO: WERNER SCHÜRING / DER SPIEGEL

Diskussion stark an jene um den europäischen Binnenmarkt Anfang der Neunzigerjahre. Damals hatten viele Angst, dass das Reinheitsgebot für deutsches Bier gekippt oder unsere Sozialstandards ausgehebelt werden könnten. Nichts davon ist geschehen. Der Binnenmarkt hat Deutschland große wirtschaftliche Vorteile gebracht, und das wird auch bei TTIP so sein.

Bode: Wie kommen Sie denn darauf? Selbst nach einer Studie im Auftrag der Europäischen Kommission könnte das Handelsabkommen nur eine einmalige Niveauanhebung des EU-Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozent bringen – und das erst zehn Jahre, nachdem TTIP eingeführt wurde.

Wissmann: Durch TTIP erhöht sich der Wohlstand um 120 Milliarden Euro. Das ist doch eine beträchtliche Summe und entspricht 545 Euro pro Haushalt und Jahr.

Bode: Das sind im Jahr rund 130 Euro für jeden Bürger, beginnend im Jahre 2027. Jede kleine Euro-Aufwertung, jeder gestrichene Feiertag hat einen größeren Effekt. Vor allem, wenn man berücksichtigt, was wir im Gegenzug verlieren: die Möglichkeit, für wichtige Lebensbereiche die Normen so zu setzen, wie wir es in Europa für richtig halten.

Wissmann: Diese Möglichkeit verlieren wir nicht. Wenn es uns gelingen würde, technische Vorschriften zu vereinheitlichen und zu gemeinsamen Prüf- und Zulassungsverfahren zu kommen, könnte viel unnötige Doppelarbeit vermieden werden. Heute müssen europäische und amerikanische Firmen viele Produkte zweimal entwickeln, einmal für den europäischen und einmal für den US-Markt. Würden wir die Regeln harmonisieren, könnten die Unternehmen Milliardenbeträge sparen und ihre Produkte billiger anbieten. Und der Abbau von Zöllen entlastet allein den Automobilbereich um eine Milliarde Euro pro Jahr.

Bode: Niemand hat etwas dagegen, wenn die Schrauben in den USA künftig genauso lang sein müssen wie in Europa oder die Farbe von Blinkern vereinheitlicht wird. In der TTIP-Diskussion muss man unbedingt die technischen Themen von den gesellschaftspolitischen trennen. Außerdem wehre ich mich gegen die generelle Behauptung von Industrie und Politik, die Standards beim Verbraucher- und Umweltschutz oder beim Lebensmittelrecht blieben erhalten – dafür gibt es keinen Beleg. Sie sind im Gegenteil extrem gefährdet.

Wissmann: Wann immer Sie Ihre Befürchtungen konkretisieren sollen, lieber Herr Bode, werden Sie ganz nebulös. Worauf gründen Sie Ihre Bedenken?

Bode: Nehmen Sie das Umweltrecht. Europa ist da vorangegangen mit der Chemikalienverordnung REACH, die 2000 gefährliche Stoffe klassifiziert. Nun möchte Europa auch die sogenannten Nanotechnologieprodukte und hormonverändernde Stoffe in REACH aufnehmen, weil sie möglicherweise gefährlich sind. Die Amerikaner aber haben im Zuge der TTIP-Verhandlungen bereits wissen lassen, dass sie ein solches Register nicht wollen – das weiß ich aus Verhandlungskreisen. Das Beispiel zeigt, wie sehr TTIP die europäische Philosophie des Verbraucherschutzes bedroht.

SPIEGEL: Was meinen Sie damit?

Bode: Auf unserem Kontinent gilt, das ist in den EU-Verträgen festgeschrieben, das Vorsorgeprinzip: Kein Risikostoff, dessen Ungefährlichkeit nicht belegt ist, darf eingesetzt werden. In den USA ist es umgekehrt. Erst, wenn ein Stoff bewiesenermaßen schädlich ist, wird er verboten. Den Beweis muss nicht der Hersteller führen.

Wissmann: Wer das Verhandlungsmandat der Kommission liest, wird feststellen, dass Herr Bode mit seinen Bedenken unrecht hat. Danach bleibt es beiden Vertragspartnern unbenommen, Vorschriften in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Arbeit, Verbraucherschutz und Umwelt nach eigenen Vorstellungen auszugestalten. Sie schüren Ängste, die durch nichts gerechtfertigt sind!

Bode: Sie sind doch Jurist, Herr Wissmann. Dann sollten Sie eigentlich wissen, dass TTIP ein völkerrechtlicher Vertrag ist, der automatisch EU-Sekundärrecht aushebelt. Gesetze müssen dann TTIP-kompatibel sein. Das Verhandlungsmandat ist in diesem Fall nicht relevant. Es kann durchaus sein, dass TTIP die bestehenden Standards nicht senkt. Aber viel wichtiger ist doch die Frage, ob wir unsere Standards mit TTIP in Zukunft noch verbessern können.

Wissmann: Das ist neu: Sie geben zu, dass die heutigen Standards durch TTIP nicht sinken.

Bode: Ja, aber wenn die Standards schlecht sind, ist das doch kein Erfolg! In der Landwirtschaft sind sie auf beiden Seiten des Atlantiks miserabel: Wir haben Gülleprobleme, Tierhaltungsprobleme, Klimaprobleme. Wenn wir dazu in Europa künftig eine neue Richtlinie erlassen, muss sie mit dem TTIP-Vertrag vereinbar sein. Andernfalls können die US-Hersteller verlangen, dass sie ihre Produkte trotzdem nach Europa exportieren dürfen. Das ist das Grundproblem von TTIP: Wir führen eine zusätzliche Ebene der Gesetzgebung ein – und machen unsere Fortschritte beim Lebensmittel- oder Umweltrecht abhängig von der Zustimmung eines Handelspartners.

Wissmann: Das ist Unfug. Eine gesetzgeberische Weiterentwicklung bleibt immer möglich. Es hängt doch alles davon ab, wie die Europäer die Verhandlungen führen. Mein Vorschlag dazu lautet wie folgt: Lasst uns in allen Bereichen, in denen Europa und die USA vergleichbare Standards haben, die jeweiligen Vorschriften gegenseitig anerkennen. Dann darf ein entsprechendes Produkt, das in Europa zugelassen ist, auch in den USA verkauft werden. Im Gegensatz dazu bleibt in Bereichen, in denen die Regeln sehr unterschiedlich sind, die Gesetzgebung eigenständig.

Bode: Da mache ich einen Gegenvorschlag: Warum beschränken wir TTIP nicht auf die technischen Standards und klammern jene Bereiche aus, die eine breite gesellschaftspolitische Debatte benötigen, wie den Umwelt- oder Verbraucherschutz?

Wissmann: Wenn wir das Mandat zu sehr beschränken, steigt die Gefahr, dass wir am Ende überhaupt kein Abkommen bekommen. Wollen Sie das?

Bode: Wenn wir es nicht beschränken, ist unsere Selbstbestimmung in Gefahr. Es ist einfach falsch, wenn Sie sagen, die EU hätte weiterhin das Recht, Gesetze im Sinne des Allgemeinwohls zu erlassen, ohne auf TTIP zu achten. Eine solche Klausel gibt es nicht.

SPIEGEL: In Brüssel und Washington gilt TTIP als geheime Kommandosache. Herr

Wissmann, halten Sie die Verhandlungsführung für geschickt?

Wissmann: Nein, da sind schon Fehler gemacht worden, auch in Sachen Transparenz. Andererseits weiß ich aus eigener Erfahrung als Verkehrsminister: Wenn wir jede einzelne Verhandlungsposition auf dem öffentlichen Markt besprechen, können wir gegenüber den Amerikanern nicht das Wesentliche durchsetzen.

Bode: Ich bin voller Bewunderung für Ihre handelspolitische Erfahrung. Aber ich möchte wissen, was bei den TTIP-Gesprächen im Einzelnen ausgetauscht wird. Es geht bei diesem Abkommen nicht um irgendwelche technischen Vorschriften, es geht um Fragen, die tief in das alltägliche Leben der Europäer und Amerikaner eingreifen. Das muss demokratisch diskutiert werden. Bis heute dürfen weder die Öffentlichkeit noch viele Politiker und Parlamente die Positionspapiere sehen, die dazu verfasst werden. Ich bin der Meinung, dass wir sie sehen müssen, damit wir beurteilen können, was da verhandelt wird.

Wissmann: Zum Demokratieverständnis: Die EU-Kommission verhandelt das Abkommen mit einem klaren Mandat der Mitgliedstaaten. Außerdem gibt es doch noch gar keinen Vertragsentwurf. Warten wir doch mal ab, was drinsteht.

Bode: Das warte ich nicht ab! Das wäre viel zu spät, denn zum Vertrag kann das EU-Parlament nur noch Ja oder Nein sagen, aber nichts mehr am Text ändern.

Wissmann: Auch wenn manche Organisationen von Sorgen der Menschen leben, haben wir doch eine Verantwortung, nicht unnötige Ängste zu schüren.

SPIEGEL: Die größte Angst in der TTIP-Debatte löst der geplante Investorenschutz aus. Dabei können Unternehmen, die sich von politischen Entscheidungen belastet fühlen, vor privaten Schiedsgerichten gegen die betreffende Regierung klagen. Warum ist es nötig, die funktionierenden Rechtssysteme in Europa und den USA zu umgehen?

Wissmann: Ein vernünftig gestalteter Investorenschutz hat nicht die Aufgabe, Rechtssysteme zu umgehen, sondern Investitionen zu schützen.

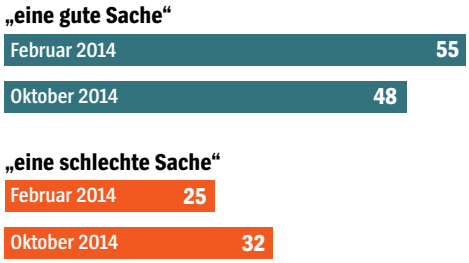
Bode: Genau: Private Schiedsgerichte dienen allein der Wirtschaft. Sie wägen nicht ab zwischen Eigentumsschutz und Allgemeininteresse, wie das etwa das Bundesverfassungsgericht tut.

Wissmann: Sie müssen die Realitäten sehen. Viele mittelständische Firmen sagen uns: Gebt um Gottes willen den Investorenschutz nicht auf. Weil sie mehr Vertrauen in Schiedsgerichte haben als in amerikanisches Prozessrecht. Und auch für US-Unternehmen in Europa ist ein schnelles Schiedsurteil besser als ein zehn Jahre dauerndes Verfahren oder eine gerichtliche Auseinandersetzung in EU-Ländern wie Bulgarien oder Rumänien, in denen es selbst nach offizieller Brüsseler Einschätzung noch immer Korruption gibt.

SPIEGEL: Anwaltskanzleien bereiten sich schon darauf vor, Staaten aufgrund von TTIP zu verklagen, wenn durch deren Gesetze ein Investor Schaden erleidet.

Wachsendes Unbehagen

„Ist das Freihandelsabkommen eine gute oder eine schlechte Sache für Deutschland?“



TNS-Emnid-Umfragen vom 23. bis 25. Oktober 2014 i. A. von foodwatch, 1003 Befragte; am 25. und 26. Februar 2014 i. A. von Bertelsmann Stiftung und Pew Research Center, 953 Befragte; Angaben in Prozent

Wissmann: Allein Deutschland hat heute schon mehr als 130 Investitionsschutzabkommen mit vielen Ländern. Die Realität der Schiedsgerichte sieht so aus: Es laufen nur drei Verfahren gegen Deutschland oder Frankreich, aber mehr als die Hälfte aller Verfahren weltweit wird von europäischen Investoren gegen Drittländer geführt. Wollen wir wirklich auf diesen Schutz verzichten? Es sind nur wenige Beispiele, die immer dafür herhalten müssen, dass der Investorenschutz nicht klappt.

Bode: Zum Beispiel das Verfahren Vattenfall gegen Deutschland.

Wissmann: Der Fall kommt immer!

Bode: Weil er wichtig ist. Vattenfall klagt vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Rechtmäßigkeit des Atomausstiegsgesetzes und gleichzeitig vor dem Schiedsgericht auf Schadensersatz. Nun ist es möglich, dass das Verfassungsgericht sagt, das Atomausstiegsgesetz ist rechtmäßig. Trotzdem kann Vattenfall vor dem Schiedsgericht gewinnen und erhält vom deutschen Steuerzahler 4,7 Milliarden Dollar zugesprochen. Das ist doch verrückt! Viele Verfassungsrechtler halten das nicht mehr für verfassungskonform.

Wissmann: Warum versuchen wir nicht, in TTIP ein besseres Modell für den Investo-

Bode, Wissmann, SPIEGEL-Redakteure*
„Fragen, die tief ins Alltagsleben eingreifen“

renschutz durchzusetzen, ihn transparenter zu machen? Wenn wir darauf mit den USA und Kanada verzichten, wie wollen wir einen solchen Schutz in Verhandlungen mit Indien oder China durchsetzen?

Bode: Ich streite nicht ab, dass wir international eine Reform des Investitionsschutzrechts brauchen. Die sollte man aber nicht in TTIP vereinbaren, sondern eigens in einem internationalen Abkommen.

Wissmann: Glauben Sie ernsthaft, dass Sie das hinkriegen, ohne irgendwo in der Welt nationales Recht zu tangieren? Der letzte Versuch der Welthandelsorganisation WTO ist vor Jahren krachend gescheitert. Und glauben Sie außerdem, dass eine solche Regelung angesichts des Zustands rechtsstaatlicher Entwicklung in anderen Regionen der Erde tatsächlich ein besseres Ergebnis erzielen würde als eine Absprache zwischen Europa und Amerika?

Bode: Das ist sicher eine große Aufgabe.

SPIEGEL: Selbst Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel würde den Investorenschutz lieber aus den Verhandlungen rausnehmen.

Wissmann: Herr Gabriel hat kürzlich gemeinsam mit der neuen Brüsseler Handelskommissarin Cecilia Malmström deutlich gemacht, dass er verbesserte Investitionsschutzverträge, wie sie die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft vorgeschlagen haben, mittragen würde.

SPIEGEL: Der Wirtschaftsminister hat sich auf Ihre Seite geschlagen, Herr Wissmann?

Bode: Ja, das hat er!

Wissmann: Er nimmt zu Recht eine differenziertere Position ein. Er sagt, wenn der Investitionsschutz in den Verträgen verbessert wird, ist das für alle ein Fortschritt, auch für die Arbeitnehmer.

SPIEGEL: Herr Bode, die Kanzlerin sieht TTIP als Chance, Standards weltweit auf US-europäisches Niveau zu bringen, in

* Michaela Schießl und Michael Sauga in Berlin.

FOTO: WERNER SCHÜRING / DER SPIEGEL

Abgrenzung zu den Freihandelsabkommen, die in Asien und anderswo diskutiert werden. Werden wir ohne TTIP abgehängt?
Bode: Die Kanzlerin macht denselben Fehler wie Herr Wissmann. Sie unterscheidet nicht zwischen der Harmonisierung technischer Standards und gesellschaftspolitischen Fragen. Das ganze Geschwätz, dass wir mit Standards Globalisierung gestalten, ist totaler Mumpitz. Es wäre ja schön, wenn wir unsere gesellschaftspolitischen Standards als europäische Errungenschaften im weltweiten Wettbewerb einbringen könnten. Aber das ist nicht Gegenstand der Verhandlungen. Bei TTIP geht es bloß darum, dass Unternehmen Kosten sparen.
Wissmann: Das bestreite ich entschieden. TTIP dient dazu, dem europäisch-amerikanischen Verhältnis einen neuen visionären Impuls zu geben, auch einen Impuls für die Weltordnung. Denn wenn wir keine neuen Standards setzen, dann tun es andere, zum Beispiel in Asien. Ich fürchte, dass ehrenwerte Leute wie Herr Bode in ihrem statisch deutsch-eurozentrischen Denken einfach nicht den Blick für die Dynamik haben, die gegenwärtig die Weltwirtschaft bewegt. Wer diesen Prozess prägen will, muss offensiv unterwegs sein.
SPIEGEL: Der US-Präsident verhandelt parallel zu TTIP ein weiteres Abkommen mit den pazifischen Anrainerstaaten.
Wissmann: Das macht unsere Sorge umso größer, dass dann in anderen Regionen der Welt die Musik spielt.
Bode: Das Wohl der Erde und die geopolitische Lage hängen doch nicht von TTIP ab. Sie sehen die Welt sehr durch die Brille des Lobbyisten und Automobilpräsidenten. Es gibt neben der Industrie noch Bürger und Verbraucher, die haben Sie ganz vergessen.
Wissmann: Und Sie vergessen, dass die Wirtschaft die Arbeitsplätze für die Bürger bereithält und der Freihandel viele Millionen Menschen aus Armut und Elend befreit hat. Das schaffen wir aber nur, wenn wir an der Dynamik der Weltmärkte aktiv teilnehmen können. Glauben Sie mir: Auch wir wollen keine gesellschaftspolitischen Risiken eingehen, die fragwürdig wären.
SPIEGEL: Herr Wissmann, wird es ein TTIP-Abkommen geben, und wenn ja, wann?
Wissmann: Ich glaube zu mehr als 50 Prozent an ein Gelingen. Die Zustimmung in Europa hängt von der glaubwürdigen Überwindung berechtigter Sorgen und der Bekämpfung unberechtigter Ängste ab.
SPIEGEL: Herr Bode, was glauben Sie?
Bode: Es hängt davon ab, inwieweit es uns gelingt, die Bedenken, die richtig und gravierend sind, deutlich zu machen. Wenn uns das gelingt, dann wird dieses Abkommen scheitern. Und das wäre gut. Aber schade für die Autos und die Blinker.
SPIEGEL: Herr Wissmann, Herr Bode, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Bad T

Manager Thomas Middelhoff im Gefängnis: Das Urteil gegen den ehemaligen Arcandor-Chef markiert den Tiefpunkt eines beispiellosen Abstiegs.

Ist das erst knappe sechs Jahre her? Ein Termin in der Essener Konzernzentrale von Arcandor, erste Begegnung mit Thomas Middelhoff. Er kommt zu spät, Vorstandschef eben. Aber dann fliegt er ins Zimmer – und gleich mit einer Geschichte, wie ihn die Erkältung erwischt hat, meine Herren, und dass er besser im Bett geblieben wäre, aber muss ja, geht schon. Alles mit warmem Charme. Als würde man sich nicht erst seit einer Minute kennen, sondern schon von der Schulbank, und noch ein paar Sätze später: aus dem Sandkasten.

Aber man war ja nicht für ein nettes Gespräch vorbeigekommen, man hatte Fragen, unangenehme Fragen zu Geschäften, bei denen auch damals schon nicht klar war, ob Middelhoff seine Rolle als Firmenchef und Privatmann sauber getrennt hatte. Doch Middelhoff war ja nicht nur charmant, er war schnell, präzise, er antwortete, ohne zu zögern und zu zucken. Hätte es nicht ein Papier gegeben, das etwas anderes besagte, man hätte ihm einfach geglaubt.

Es war einer seiner perfekten Auftritte, aus einer Zeit, als Middelhoff noch der Zaubermann der deutschen Wirtschaft war: einer, der jeden Zweifel in Überzeugung verzaubern konnte, seine Kritiker in Glaubensbrüder. Zumindest so lange, wie sie seiner Aura ausgesetzt waren.

Ehemaliger Arcandor-Chef Middelhoff 2011: Doppelt oder nichts, Ruhm oder Ruin

FOTO: STEFAN THOMAS KROEGER / LAIF